
Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution

Die revolutionären Bewegungen in Tunis und Kairo seit Anfang 2011, die Bewegung der *Indignados* in Spanien und die Revolte gegen die autoritäre Troika-Statthalter-Regierung Samaras in Griechenland, *Occupy Wall Street* sowie die Rebellionen in Istanbul und São Paulo im Frühjahr und Sommer 2013 waren allesamt städtische Volkserhebungen. In unterschiedlicher Weise und in ihrer jeweils spezifischen Dynamik haben sie machtvoll gezeigt, wie wichtig die urbane Infrastruktur, der Zugang zu Bildungs-, Versorgungs- und Transportmöglichkeiten für den Lebensalltag von Millionen und Milliarden von Menschen ist.

Konflikte um das urbane Leben werden in den nächsten Jahrzehnten viele politische Auseinandersetzungen weltweit prägen. Seit etwa 2010 lebt die Mehrheit der Menschen in Städten, vor hundert Jahren wohnten erst zwei von zehn Menschen in urbanen Gebieten. Der *UN-Habitat-Bericht* von 2013 über den Zustand der Städte geht davon aus, dass bis zur Mitte dieses Jahrhunderts sieben von zehn Menschen in städtischen Gebieten leben werden. Das Wachstum der Städte verläuft allerdings sehr ungleich. Während die städtische Bevölkerung in den reichen kapitalistischen Ländern nur noch in Wachstumsregionen weiter zunimmt, sind es vor allem die Megastädte in den Schwellenländern und den abhängigen Ländern, die in den kommenden Jahrzehnten weiterwachsen und neue Groß- und Megastädte hervorbringen werden.

Weiterhin wandern Millionen von Menschen vom Land in die Stadt. Sie hoffen, dort bessere Bedingungen für das Überleben und Aufstiegsmöglichkeiten zu finden. Aber nur einer Minderheit eröffnet das Leben in einer Riesenstadt wirklich eine Chance, die soziale Hierarchie hochzuklettern. In den Megacities in den Schwellenländern und abhängigen Ländern konzentrieren sich Millionen von Menschen, die unqualifizierte, ungeschützte und schlecht bezahlte Arbeit unter prekären Bedingungen leisten müssen. Die soziale und räumliche Segregation wird zur Norm. Vor wenigen Jahren umfasste die informelle Arbeiterklasse etwa 1,7 Milliarden Menschen, also rund 55% der weltweiten Erwerbsbevölkerung außerhalb der Landwirtschaft. Die Trennung in formale Arbeitsverhältnisse und informelle Arbeit ist im globalen Maßstab kaum mehr möglich und sinnvoll. Große Teile der Arbeitskräfte arbeiten in einem Kontinuum von mehr oder weniger unsicheren Arbeitsverhältnissen. Die Migration, die Etablierung globaler Wertschöpfungsketten und zahlreiche Formen des Bezugs von Zwischenprodukten verleihen dem Kapital die Möglichkeit, ein riesiges Reservoir von billigsten Arbeitskräften zu nutzen. Wir erleben eine Globalisierung der von Marx beschriebenen industriellen Reservarmee, die allerdings räumlich ungleich und konzentriert auftritt.

Die Städte und urbanen Großregionen spielen für das Kapital eine zentrale Rolle, und zwar in mehrerlei Hinsicht. Die großen Konsumgüterkonzerne wie Wal-Mart, Carrefour, REWE wollen die Lohnabhängigen, vor allem die neuen Mittelschichten, in den Megacities der Schwellenländer als Käufer ihrer Waren erschließen. Die städtische Infrastruktur ist ein strategischer Ort für das Kapital, das vor dem Hintergrund einer latenten und sich

periodisch zuspitzenden Überakkumulationskrise nach neuen Verwertungsmöglichkeiten sucht. Neue Transportsysteme, U-Bahnen, Energieversorgung, Wasserversorgung und Müllentsorgung in den großen Städten bieten potenziell enorme Möglichkeiten der Kapitalverwertung. Investmentfonds, Beratungsunternehmen und Finanzzeitschriften wollen in den Wachstumspotenzialen im Bereich der urbanen Infrastruktur in den Schwellenländern wichtige «Megatrends» erkennen. Zugleich sind die großen Investitionsprojekte in Ländern wie der Türkei und Brasilien – seien es Fußballstadien, Verkehrsinfrastruktur oder riesige Einkaufszentren – zu symbolischen Brennpunkten politischer Auseinandersetzungen geworden.

Diese Entwicklungen unterstreichen die Nützlichkeit des Konzepts der raumzeitlichen Mobilisierung und Fixierung von Kapital von David Harvey. Ein *spatio-temporal fix* «repariert» zeitweilig die Überakkumulation, um diese zeitlich versetzt und räumlich verschoben umso heftiger wieder hervortreten zu lassen. *Felix Wiegand* stellt dieses Konzept in seinem Beitrag über das Schaffen David Harveys vor. Der Autor zeigt zugleich, wie wichtig es ist, der Kritik der politischen Ökonomie eine räumliche Dimension zu verleihen und allgemeine ökonomische Prozesse räumlich und zeitlich zu differenzieren. Das Verständnis der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus ist zentral, um Widerstandspotenziale auszuloten und Alternative zu formulieren.

Aktivist*innen und linke Stadtforscher greifen in jüngerer Zeit wieder die Vorstellungen des marxistischen Stadtforschers Henri Lefebvre auf. Dieser hat in seinem Buch *Le droit à la ville* (1968) Hinweise für die Durchsetzung eines Rechts auf Stadt, auf Freiheit und gesellschaftliche Aneignung der Stadt formuliert. *Daniel Mullis* stellt in seinem Beitrag einige Vorstellungen des *Rechts auf Stadt* vor und diskutiert, inwiefern sie dazu dienen können, städtische soziale Bewegungen in einer gemeinsamen antikapitalistischen Perspektive zu vereinen.

Das gesamte städtische Leben, das Alltagsleben der Menschen in der Stadt wird zur Quelle unterschiedlicher Strategien der Mehrwertaneignung. Mit der Bezahlung der Wohnung – sei es durch die Begleichung einer Miete an den Wohnungseigentümer oder durch die Überweisung eines Hypothekarzinses an die Bank – können Vermögensbesitzer als Rentiers eine Form der «sekundären Ausbeutung» der Lohnabhängigen durchsetzen. *Susanne Heeg* weist in ihrem Beitrag darauf hin, dass Wohnen nicht nur für das Kapital, sondern auch für die Lohnabhängigen verstärkt die Funktion einer Kapitalanlage hat. Denn die Menschen werden zunehmend individuell für ihre soziale Absicherung verantwortlich gemacht. Die Konsequenzen dieser Entwicklung für das Bewusstsein der lohnabhängigen Wohnungseigentümern sind schwierig abzuschätzen.

Die «unternehmerische Stadt» wird seit den 1980er Jahren in vielen Städten regelrecht inszeniert. Spezielle Anlässe können «Ausnahmestände» herbeiführen. Die Internationale Bauausstellung in Hamburg-Wilhelmsburg im Jahr 2013 diente dazu, eine derartige, besondere Situation zu schaffen, um in einem «Problemviertel» jenseits demokratischer Entscheidungsprozesse traditionelle Strukturen der Arbeiterschaft und der Migrant*innenbevölkerung aufzubrechen und aufstrebende Mittelschichten anzuziehen. *Peter Birke* zeigt, wie die Internationale Bauausstellung in Hamburg-Wilhelmsburg als Labor der neoliberalen Stadtentwicklung konzipiert wurde, um einen radikalen Umbau dieses Stadtteils durchzusetzen. Ein solcher Umbau wurde möglich, weil die Herrschenden Dis-

kurse verankern und Praktiken durchsetzen konnten, die der Erlangung städtischer Wettbewerbsfähigkeit den Charakter eines nicht zu hinterfragenden Sachzwangs verliehen. Marktgesetze erscheinen als Naturgesetze. *Sebastian Schipper* erklärt derartige Prozesse am Beispiel des Umbaus von Frankfurt am Main zur wettbewerbsfähigen Finanzmetropole.

Große Infrastrukturprojekte gehen oft mit der Verdrängung angestammter Bevölkerungsgruppen und der Umnutzung ganzer Stadtteile einher. In vielen Städten formiert sich Widerstand gegen urbane Restrukturierungsprozesse. *Murat Çakır* ordnet in seinem Artikel über Istanbul eine solche Widerstandsbewegung in den spezifischen Kontext der Türkei ein. *Ricardo Antunes* verbindet in seinem Beitrag die urbanen Revolten in Brasilien mit den bereits angesprochenen grundlegenden Veränderungen in der Arbeitswelt und spricht von einem neuen Dienstleistungsproletariat. Beide Autoren zeigen, wie neue Massenbewegungen das Potenzial haben, andere Entwicklungsperspektiven in die politische Auseinandersetzung einzubringen. *Luise Meyer* illustriert, wie städtische Initiativen und Bewegungen in den Favelas in Rio de Janeiro durchaus ähnliche Ambitionen verfolgen, ohne bewusst die Diskurse und Debatten um das Recht auf Stadt aufzugreifen.

Die urbanen Bewegungen der letzten Jahre werfen Schlüsselfragen für die emanzipatorische und sozialistische Linke auf. Zwar entstehen «Recht-auf-Stadt»-Initiativen oftmals aufgrund bestimmter lokaler Bedingungen und Wünsche, doch zusammengedacht enthalten sie ein Potenzial, das wesentlich über die bisherigen Forderungen hinausgeht. Je besser die städtische soziale Infrastruktur in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit, Transport und Erholung funktioniert und je eher sie für alle Lohnabhängigen günstig oder gar kostenlos zugänglich ist, desto stärker trägt sie dazu bei, die dem Kapitalismus inhärente Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zu reduzieren.

Das unterstreicht die Herausforderung, öffentliche Güter und Gemeingüter nicht nur zu verteidigen, sondern auszubauen. Das «Recht auf Stadt» durchsetzen bedeutet, auch die Perspektive einer gesellschaftlichen Aneignung der Stadt, des Städtischen und der Urbanisierungsprozesse sowie der damit zusammenhängenden Investitionen zu entwickeln. Konsequenter und radikaler gedacht, heißt das allerdings auch, die städtischen Konflikte als Teil der Auseinandersetzungen um die Organisation der Produktion und Reproduktion überhaupt zu verstehen. Andererseits können gewerkschaftliche Kämpfe wirksam nur noch geführt werden, wenn die Gewerkschaften die betrieblichen Fragen der Löhne und der Arbeitsbedingungen mit der Organisation des Wohnens, den Transportbedingungen, der Erholung verbinden. Es gilt also, die Arbeit als Aspekt des städtischen Lebens zu verstehen. *Sam Gindin* hat in der letzten Ausgabe von *Emanzipation* (1/2013) nützliche Vorschläge in diese Richtung anhand von Erfahrungen in Nordamerika formuliert. Die Hypothese, dass die Emanzipation der breiten und in sich verschiedenen lohnabhängigen Klasse eine urbane Revolution erfordert, ist durchaus plausibel.

Außerhalb des Schwerpunktthemas über die Stadt knüpfen wir mit der ausführlichen Analyse von *Joseph Daher* über die syrische Revolution an den Beiträgen über die revolutionären Bewegungen in den arabischen Ländern in *Emanzipation* (2/2011) und *Emanzipation* (1/2013) an. Er konzentriert seinen Beitrag bewusst auf die innere gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik in Syrien. Wir werden diese Entwicklungen auch in den kommenden Ausgaben weiterverfolgen.

Christian Zeller